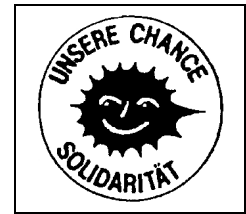


Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 1, März. 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kapitalistische Wirtschaftskrisen führen zum Krieg!

Das Ausmaß von spekulativen Finanztransaktionen an den internationalen Kapitalmärkten betrug 2007 täglich 1,9 Billionen Dollar. Der Handel mit Gütern und Dienstleistungen erbrachte im Vergleich dazu 9, 1 Billionen Dollar jährlich. Das heißt Finanzspekulationen bringen an einen einzigen Tag schon 20% dessen ein, was der gesamte Welthandel in einem Jahr umsetzt oder übers Jahr setzen die Kapitalisten mit Finanzspekulation 75 mal mehr um als im üblichen Handel. Das Volumen kurzfristiger Finanzspekulationen in den Industriestaaten ist 100 mal so hoch wie deren gesamte Wirtschaftsleistung. (P. Rabl 27.1. 08 Kurier)

P. Rabl beschreibt diese ungeheueren Finanzspekulationen vereinfacht aber treffend als „verschiedenste Wetten auf steigende und fallende Kurse von Aktien, Rohstoff oder Devisen. Und, so der Autor weiter, „es geht um alle möglichen Finanzprodukte, die im globalen Kapitalmarkt mit allseits hohen Gewinnen rotieren“. Da ist Stefan Schulmeister im Standard (26.1/27.1.08) schon offener, er spricht klar von Verlierern der Krise, den kleinen Leuten, wie den „kleinen Häuselbauern“, die ihre Häuser verlieren bzw. den kleinen Sparer bzw. den Pensionisten, die ihre Rücklagen bzw. ihre Pensionen verlieren und den großen Finanzhaien, die ungeheueren Gewinne einstreifen.

Nach 4 jährigem Börsenboom, mit Steigerung der Aktienkurse zwischen 200% und 300%, kam es im Jänner zum größten Einbruch der

Aktienkurse seit Jahrzehnten und zur größten Senkung der Leitzinsen durch die US-Notenbank seit 24 Jahren. Die Folgen waren u.a. ein drastisches Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den USA, 2 Millionen US-Hausbesitzer wurden zahlungsunfähig, Anstieg der Energiekosten, weitere Verarmung des „Normalverbrauchers“. Gleichzeitig heizt die US-Notenbank die Inflation weiter an, indem sie Geld herstellt und den Großbanken als günstige Kredite anbietet. Das gleiche tut die Europäische Zentralbank.

Die Folgen der Wirtschaftskrise für Europa und damit auch für Österreich: Reduktion des Wirtschaftswachstums, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und Preiserhöhungen, alles zu Lasten der „kleinen Leute“.

Zur Inflation befragt, sagte Fr. Schaumayer, ehemalige Nationalbankpräsidentin: „Alle Reichen freuen sich, wenn es Inflation gibt, weil Sie sich dann billig verschulden und entwertet zurückzahlen können. Der einkommensschwache Mensch aber sieht von Woche zu Woche, dass er sich für das, was er bekommt, nichts mehr kaufen kann“. (Wiener Zeitung 8.9.2007)

In der Kreditkrise haben internationale Banken bis jetzt schon mindestens 276 Milliarden € abschreiben müssen, weil sie sich wie es der Kurier am 27.1. ausdrückte, „mit zweitklassigen US-Immobilien verspekuliert haben.“ In Wirklichkeit haben, vor allem in den USA, die Finanzbehörden geduldet und

gedeckt, dass das Finanzkapital mit so genannten „faulen“ Krediten riesige Geschäfte machte und macht und damit Verdienste von 15% bis 20% ermöglicht wurden. Diese Milliarden, die abgeschrieben werden müssen, zahlen letztlich die Nationalbanken, d.h. zuletzt wir, der Steuerzahler. „Doch das Geld ist nicht weg“, wie im Rahmen des Bawag -Prozesses gesagt wurde, „ es hat nur den Besitzer gewechselt“!

Hedge- Fonds- Aktienbesitzer und andere Großkapitalisten haben es auf ihr Konto gebracht!

(Schätzungen gehen von mittlerweile 1000 Milliarden Dollar aus, die so ihren Besitzer gewechselt haben.)

Gewinne für die großen Konzerne bzw. Kapitalgruppen, die Verluste zahlt wieder das Volk!

P. Rabl schreibt weiter treffend, dass die Bosse der Kapitalmärkte in guten Zeiten gegen jede gesetzliche Regulierung sein und dass „ die Märkte schon alles regelten und Eingriffe grundfalsch sein. Sie wollen ungestört und ungebremst Hypergewinne machen können. Geht es schief wie derzeit, dann gehen die Rechnungen ganz selbstverständlich an die Notenbanken, die Staaten und ihre Steuerzahler.“... „Alle Gewinne an die Kapitalmärkte, große Teile der Verluste an die Staaten“. Das heißt wir zahlen die Zeche, das internationale Finanzkapital macht unermessliche Gewinne in Milliardenhöhe.

P. Rabl, wie auch viele andere Journalisten, fordern gesetzliche Regelungen zur Eindämmung des Finanzkapitals. Nicht zuletzt fordern das schon viele Journalisten, deren Chefs bzw. Zeitungsinhaber selbst bestimmte Kapitalgruppen vertreten. weil ja auch alle anderen Kapitalgruppen, klein- und mittelständische Unternehmen etc. die Finanzspekulation zunehmend zu fürchten beginnen oder schon Leidtragende derselben sind.

Denn kein Unternehmen ist vor Übernahmen sicher.

Doch selbst diese, sagen wir einmal, zum Teil gut gemeinte Vorschläge, verschweigen etwas Grundsätzliches:

Das Wesen unserer kapitalistischen Welt ist es, dass sich das Kapital unter allen Umständen vermehren will. Die Konkurrenz zwingt dann, immer größere Kapitalgruppen

zu bilden, die Kleineren werden rücksichtslos aufgefressen bzw. vernichtet.

Die großen Industriestaaten verfolgen in ihrer Politik die Interessen des internationalen Finanzkapitals, allen voran die USA mit ihrer Wirtschafts- und Kriegspolitik.

Die wirtschaftliche Krise in den USA hindert sie in keiner Weise an ihrer imperialen

Herrschaftspolitik. Gigantische Aufrüstung und immer mehr Kriege auf allen Kontinenten, mit über die Jahre Millionen von Toten und mit gigantischen Profiten zeichnet die Supermacht USA aus. Ebenso rüsten die europäischen Großmächte im Rahmen der EU als Konkurrenz zur USA massiv auf.

Die gesamte Macht und Profitpolitik der großen Industriestaaten richtet sich nach den Interessen des internationalen Finanzkapitals und ist diesem untergeordnet!

Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik, direkt oder indirekt fürs Kapital tätig, wollen keine Beschränkung zulassen. Deshalb wollen sie nie akzeptieren, dass es zu einer weltweiten Finanzmarktaufsicht kommt, die ihre Finanztransaktionen kontrollieren würde und ihre Profite letztlich wirklich einschränken könnte.

Das höchste der Gefühle sind kosmetische Verbesserungsvorschläge wie z.B. neulich von der Österreichischen Bundesregierung. Gusenbauer und Molterer schlugen deswegen eine Transaktionssteuer vor, die aber keinen Einfluss auf die Spekulation haben soll. Der Sektionschef im Wirtschaftsministerium Michael Losch dazu: „Eine Steuer, die hoch genug wäre, um „Lenkungseffekte auszulösen, solle vermieden werden. Das würde zur Verlagerung des Geschäfts aus den europäischen Finanzzentren führen. Deswegen soll der Steuersatz beim Kauf oder Verkauf von Aktien auf 0,01 Prozent beschränkt werden“.

Das wären z.B. bei 4 000 000.-€ 400.-€ Zusatzkosten, d.h. eine reine Augenauswischerei.

Die Kapitalisten tun klarerweise alles und werden es weiter vermehrt tun, um die weitere Sicherung und Ausweitung ihrer Riesenprofite unter allen Umständen und um jeden Preis, den wir zahlen sollen, voranzutreiben. Sie hetzen uns in noch weitere Kriege, bis zur Gefahr eines dritten Weltkrieges.

Wir brauchen gar nicht darauf hoffen, dass uns in unseren westlichen Industriestaaten die Politik eine Beschränkung dieses so genannten „Raubtierkapitalismus“ beschert, sozusagen einen gezähmten Kapitalismus. Diesen Kapitalismus gibt es letztlich nicht. Was wir heute sehen, ist der Kapitalismus in seiner fortgeschrittensten Stufe, die absolute Herrschaft des Finanzkapitals, das sich die ganze Welt untertan machen will.

Wollen wir diese Politik die zu immer mehr, immer schärferen Wirtschaftskrisen und zu Kriegen führt, nicht, müssen wir uns selbst dagegen erheben. Die Politiker stehen uns dabei im Wege weil sie Teil des Systems sind.

Während das Finanzkapital in den USA, in den westlichen Industrieländern also auch in Österreich alles dominiert und die Regierungen von sich nichts zu seiner „Zügelung“ unternehmen, stellt sich das in den Ländern der dritten Welt, in Asien bzw. Lateinamerika zum Teil anders dar.

1997 hat die verheerende Finanzkrise in Asien, als Folge vor allem von riesigen Hedge-Fonds Spekulationen, u.a. die Volkswirtschaften von Malaysia, den Philippinen und Thailand zu Fall gebracht. Z.B. rutschten damals über 1 Million Thailänder binnen weniger Wochen unter die Armutsgrenze. In der Folge beschlossen diese Länder und auch Indonesien dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Gefolgschaft aufzukündigen, die Schulden dort baldigst zurückzahlen und sich nicht mehr neu zu verschulden. Denn die IWF-Kreditpolitik samt Liberalisierung der Kapitalmärkte hatte unglaubliche Finanzspekulationen und den Zusammenbruch der heimischen Wirtschaft bewirkt. Selbst als die thailändische Regierung für die ärmsten Bevölkerungsschichten Einkommensbeihilfen beschloss, blieb die Stimmung im Land gegen den globalisierten Freihandel. Als die Regierung dann im Jänner 2006 doch wieder mit den USA ein Freihandelsabkommen unterzeichnen wollte, stürmten mehrere tausend Thailänder das Gebäude wo die Verhandlungen stattfanden. Das Abkommen wurde daraufhin eingefroren. Der Präsident Thailands wurde im September 2006 gestürzt.

Eine strikte Kontrolle der Kapitalflüsse, um den Einfluss des Finanzkapitals zu begrenzen, werden Regierende nur durchführen, wenn es das Volk mit Nachdruck verlangt.

2002 kam es dann zum Bankrott des IWF-Musterschüler Argentinien. 2006 folgte Brasilien dem Beispiel Thailands und zahlte seine Schulden restlos an den IWF zurück um finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. (Zur Entwicklung diesbezüglich heute in Lateinamerika siehe unseren Beitrag „Bank des Südens“).

Die Wirtschaftskrise in der USA (und dann weltweit) und die ungeheuerere Verschuldung der USA, US- Auslandsschulden schon 2005 über 6000 Milliarden €, macht die US- Politik nicht friedfertiger, im Gegenteil. Sie setzt weiter und verstärkt auf ihre militärische Eroberungspolitik, um sich überall auf der Welt immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Einflusssphären zu sichern. Rüstung und Krieg sind Mittel dazu und gleichzeitig riesige Profitquellen. Gewinne für die Konzerne, Zerstörung und Millionen Tote bei den Völkern sind die Folgen. Ob in Afghanistan, im Irak und nun im Sudan oder im Tschad, es geht ums Geschäft und um sonst nichts.

Und die EU- Großmächte rüsten in Konkurrenz zur USA ebenfalls massiv auf und schicken

auch schon ihre Truppen, so zuletzt in den Tschad, um ihre wirtschaftlichen Interessen dort zu vertreten. Österreich entgegen seiner Neutralität, schickt ebenfalls schon Soldaten in den Tschad. Das ist Landesverrat. 65 % der Österreicher lehnen laut Umfrage das Entsenden der Bundesheer Soldaten in den Tschad ab. Der Tag ist nicht fern, wo der erste Bundesheersoldat im Sarg „heimkommt“, gestorben für den Zugang zu Märkten und Rohstoffen, für den „freien Welthandel“ der EU- Großmächte wie Frankreich oder Deutschland, verheizt von unseren Herrschenden auch für die Geschäfte der europäischen Rüstungskonzerne wie EADS (Eurofighter) usw.

Erheben wir unsere Stimme gegen diese Entwicklung, verhindern wir, dass Österreich zum dritten Mal in seiner Geschichte in einen Krieg der Großmächte hineingezogen wird.

Was haben Eurofighter und EU-Vertrag gemein?

Wozu brauchen wir die Eurofighter? Diese Frage stellte und stellt sich die Mehrheit der ÖsterreicherInnen nach wie vor. Das SP-Wahlversprechen, die Eurofighter ab zu bestellen, wurde nach der Wahl vom November 2006 schnell fallen gelassen. Herausgekommen ist eine Reduktion der Stückzahl und eine angebliche Kostenreduktion.

Teil der Kostenreduktion war die Abbestellung der Infrarot-Such- und Zielverfolgungsgeräte, sprich der Nachtsichtgeräte für die Eurofighter. Interessant an dieser Abbestellung ist weniger die Tatsache selbst, denn die Flugzeuge können trotzdem in der Nacht fliegen, sondern die Begründung der Abbestellung durch das Darabos-Verteidigungsministerium: Basis der Entscheidung bildete die „Österreichische Sicherheitsdoktrin“ aus 2001 aus der hervorgehe, dass **„eine unmittelbare militärische Bedrohung Österreichs aus der Luft nicht vorliegt“** (Presse, 9. 1. 08). Man höre und staune! Wenn es also keine Bedrohung gibt, wen sollen dann die „Abfangjäger“ abfangen? Wozu also dann der milliardenschwere Krempel für den im Sozial-

und Gesundheitsbereich die Menschen mit „Gürtel-enger-schnallen“ zur Kasse gebeten werden? Die Begründung entlarvt den Hintergrund: Österreich soll in die Aufrüstungs- und Kriegspläne der EU einbezogen werden. Denn die EU befindet sich international in Konkurrenz zu anderen Großmächten im Streit um Macht, Profite, Einflussphären und Rohstoffe. Österreich soll unter tatkräftigster Unterstützung seiner Herrschenden in diesen immer kriegerischer werdenden Prozess hineingezogen werden. Auch der jetzige Tschad-Einsatz österreichischer Soldaten wird damit begründet, dass wir uns als Mitglied der EU nicht heraushalten können. Oh doch! Selbst beim Tschad-Einsatz machen nicht alle EU-Staaten mit. Österreichs Obere spielen wieder einmal EU-Musterschüler. Dabei ist ihnen die Gefahr der Tötung von Menschenleben und die Gefahr, Österreich noch mehr in Konflikte hineinzuziehen aus denen ganz andere Kreise den großen politischen und wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen hoffen, völlig egal. Deshalb auch Nein zum EU-Vertrag, der – überdies am Volk vorbei – dies alles absegnen soll.

Polizeistaat Österreich (?)

Als vor kurzem Verfassungsgerichtshof = präsident Korinek sagte: „Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi“ (Presse, 20./21. Oktober 2007), wurde seine Aussage als Übertreibung abgetan. Was in den letzten Wochen rund um die Machenschaften des Innenministeriums bekannt wurde, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen.

Da hat nicht nur die Polizei per Gesetz weitgehende Überwachungsrechte gegen jeden einzelnen Bürger in die Hand bekommen (siehe unsere letzte Aussendung: „Orwell schau owa!“), sondern ein Staat im Staat. Das so genannte Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) arbeitet im praktisch rechtsfreien Raum „weisungsfrei auf Weisung“ des Innenministeriums, macht sich „Die Presse“ lustig. Und im Zusammenhang mit der neuen, seit 1. Jänner gültigen

Strafprozessordnung, die etwa dazu geführt hat, dass die Wiener Polizei den Antrag der Staatsanwaltschaft statt des „befangenen“ BIA, Ermittlungen wegen der Vorgänge im Innenministerium durchzuführen, ablehnte, redet „Die Presse“ von „Selbstausschaltung“. (Das ist eine Verharmlosung sondergleichen. Diese Diktion erinnert an die Vorgänge der aktiven Ausschaltung des österreichischen Parlaments 1933 durch Kanzler Dollfuß, die ebenfalls bis heute verharmlosend „Selbstausschaltung“ genannt wird). Der viel gepriesene Rechtsstaat wird mir nix, dir nix ausgehebelt. Die Staatsspitzen tun zwar empört, doch weder Bundeskanzler, noch Bundespräsident finden die richtigen Worte, geschweige die richtigen Taten. Das Ganze wird als Koalitionskrach herunter gespielt und auf die Frage Untersuchungsausschuss ja oder nein reduziert.

Einen „Normalsterblichen“ können solche Vorgänge das Fürchten lehren. Und das 75 Jahre nach der Ausschaltung des Parlaments und 70 Jahre nach dem „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland. Gleichzeitig findet das offizielle Österreich das alles nicht mehr Wert, offiziell bedacht zu werden.

Heute sieht man, dass – nicht nur gerade in Deutschland – sich Bosse und Bonzen des Staates als Selbstbedienungsladen ungeniert bemächtigen (Erhöhung der Managergehälter, Steuerhinterziehung, Bankenpleiten usw.). Schon ganz offiziell wird unermesslicher Reichtum angehäuft, etwa in den Privatstiftungen, in denen mittlerweile in Österreich 60 Milliarden Euro praktisch steuerfrei geparkt sind. Gleichzeitig vernichten Konzerne Arbeitsplätze von einem Tag auf den anderen. Die Bevölkerung wird mit Preis- und Tariflawinen ohne Steuerreform, längeren Arbeitszeiten, Verschärfung von Arbeitslosenbedingungen, mit erhöhten Pflegekosten, Pensionserhöhungen“, die eine reine Augenauswischerei sind usw., belastet. So kann man sich vorstellen, wovor sich all diese Herrschaften fürchten und mit Hilfe des Staatsapparates schützen wollen: gegen den wachsenden Unmut der Menschen. Was sich bei uns noch in rapide sinkender Wahlbeteiligung (z.B. Graz, nur mehr 52 %) und Abwenden von der Politik ganz generell zeigt, führt in Deutschland etwa dazu, dass der dortige Finanzminister sagen musste, „dass das System (Kapitalismus, Anm. d. Red.) von den Eliten gefährdet wird.“

Der Ausweg der Eliten war schon einmal der Aufbau von autoritären und faschistischen Regimes. Deren Parteien bzw. heutige Nachfolger profitieren auch von der „Politikverdrossenheit“ der Masse der Menschen; auch weil die ursprünglichen

Vertreter der arbeitenden Menschen wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften heute voll in das kapitalistische System eingebunden sind und selbst davon als Manager, Politiker oder Funktionär profitieren. Wo bleiben zum Beispiel der Aufschrei und die Taten des ÖGB gegen die Teuerungen und Arbeitsverschlechterungen oder gegen die jetzigen Polizei-Vorgänge? Untersuchungsausschuss? Das soll alles sein? Schon stößt der stramme deutschnationale auf Österreich-Patriotismus („soziale Heimatpartei“?!) tuende Herr Strache in das Vakuum und versucht von der „Großen Koalition“ angefressene Wähler zu fischen, was unter besagten Umständen nicht allzu schwer ist.

Der ÖGB hat in seinen Statuten die Verteidigung der demokratischen Republik Österreich stehen. Bis jetzt war der ÖGB stumm, obwohl immer klarer wird, dass dieser Staat, immer mehr der Staat der Reichen, hochdotierten Rechtsbieger und Unterdrücker wird. Dieses Schweigen und Nichthandeln der angeblichen ArbeitnehmervertreterInnen macht die antidemokratischen, rechten Kräfte in Wirtschaft, Staat und Parteienlandschaft erst wirklich stark, wenn wir arbeitenden Menschen „unsere“ Vertreter nicht dazu bringen endlich in unserem Interesse zu handeln oder – noch besser – uns selbständig und gemeinsam von unten zusammen schließen, selbst tätig werden und uns wehren.

Werden wir tätig, erheben wir unsere Stimme!

Durchbrechen wir das Schweigen und die Erstarrung!

Wehren wir den Anfängen: dem Vertuschen, Verschweigen, Verniedlichen

Kapitalismus mit Geld bekämpfen? Gründung einer Bank des Südens

Viele Seiten Material sind zu studieren, um nur ein wenig von den Mechanismen des amerikanischen Imperialismus und seinen Vorgangsweisen gegenüber und in den Ländern des Südens zu verstehen. Auf Kosten der Länder der Dritten Welt wurde eine Herrschaft nach dem Gutdünken und den wirt-

schaftlichen Erpressungen des westlichen Kapitalismus unter der Führung der USA installiert. Die Länder des Südens wurden wie Zitrone ausgequetscht, ohne die Chance zu haben, jemals der Schere der Unterdrückung durch den amerikanischen Neokolonialismus zu entkommen.

Wie kam es dazu? Noch vor Ende des zweiten Weltkrieges, am 22. Juli 1944, wurde auf der Konferenz von Bretton Woods (New Hampshire, USA), der Beschluss für ein möglichst stabiles Währungssystem gefasst. Ziel der Konferenz war es, die reibungslose Abwicklung des von Handelsbarrieren befreiten Welthandels bei festen Wechselkursen zu sichern. Gewinner der Konferenz waren die Amerikaner, die durchsetzten, dass der Dollar als Leitwährung installiert wurde, nach der sich alle anderen Staaten zu richten hatten. Als Instrumente gingen aus Bretton Woods der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) hervor. Das System funktionierte bis 1969. Als Frankreich seine Dollarreserven in Gold einlösen wollte, waren die USA, die die Welt infolge des Vietnamkrieges mit Dollars überschwemmt hatten, international zahlungsunfähig, da die Goldreserven nicht einmal ausreichten, um die Forderungen eines einzigen Landes zu erfüllen. 1971 kündigten die USA durch Präsident Nixon ihre Verpflichtung, Dollars in Gold einzulösen auf. Daraufhin brach das Bretton-Woods-System zusammen. Die beiden Organisationen aber, IWF und Weltbank blieben erhalten. Sie hatten schon vorher mit ihrer Finanzpolitik die Interessen der USA befördert und taten dies weiter.

Die Länder des Südens gerieten aufgrund der Notwendigkeit für größere Projekte Geld vom IWF oder der Weltbank aufzunehmen immer tiefer in die Schuldenfalle. Darüber wird seit einigen Jahren in aufgeschlossenen Kreisen eine intensive Diskussion über einen Schuldenerlass geführt.

Zum Beispiel hatte Ecuador im Jahre 2006 bereits 38% seines Staatshaushaltes an Rückzahlungen zu leisten, fuhr aber diesen Prozentsatz unter seinem neuen Präsidenten Rafael Correa auf 11,8% zurück. Correa war zwei Jahre zuvor auf Druck der Weltbank aus seinem Amt als Wirtschaftsminister Ecuadors vom damaligen Präsidenten Carlos Mesa entlassen worden, weil er gefordert hatte, weniger Geld für die Schuldentrückzahlung zu verwenden und statt dessen mehr in Sozialprogramme zu investieren.

Die Interventionen von Weltbank und IWF orientierten sich immer schon an den aussenpolitischen Prioritäten Washingtons. Fast 30 Jahre lang unterstützten die Bretton-

Woods-Institutionen den 1979 vertriebenen Diktator Somoza in Nicaragua, ab 1954 boykottierten sie die fortschrittliche Regierung unter Jacob Arbenz in Guatemala. In der Folge unterstützten sie aber die Militärjunta, die die fortschrittliche Regierung Arbenz gestürzt hatte. Pinochet in Chile ab 1973, die argentinische Militärdiktatur unter Jorge Videla, sie alle erfuhren die Zuwendung der Weltbank und des IWF.

Die heutige neoliberale Wirtschaftspolitik wurde in Chile und Argentinien sozusagen unter Laborbedingungen getestet, bevor sie in führenden Industrieländern – allen voran Thatchers Großbritannien (ab 1979) – Anwendung fand.

Weltbank und IWF drängten die lateinamerikanischen Länder förmlich zur Kreditaufnahme, sodass die Auslandverschuldung der öffentlichen Hand in Lateinamerika zwischen 1970 und 1982 von 16 auf 178 Milliarden Dollar anstieg. Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 nutzten die Bretton-Woods-Organisationen die Überschuldungssituation als Waffe zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die später unter dem Begriff „Washingtoner Konsens“ zusammengefasst wurden: Strukturanpassungsprogramme, Privatisierung staatseigener Unternehmen, Marktöffnung, Abschaffung von Devisen- und Kapitalmarktkontrollen, Verringerung von Sozialausgaben, Heraufsetzung der örtlichen Zinssätze, Abwertung der nationalen Währungen und dergleichen. Die Kredite, die den Ländern helfen hätten sollen, wurden zum Fluch, weil durch den Zinsendienst und die Rückzahlungen Kapital, das in den Ländern dringend gebraucht worden wäre, abgezogen wurde. Es wurde zum Fluchkapital. Als die Militärdiktaturen gegen Ende der 1980er Jahre abgelöst wurden, hielten sich die Regierungen zunächst noch beflissen an die neoliberalen Rezepte. In der Folge gab es zahlreiche Unruhen und langfristig mündete die Opposition gegen den „Washingtoner Konsens“ in Lateinamerika in eine Wendung nach links.

Die Völker Lateinamerikas wollten nicht länger vom Geld des Nordens und vor allem der USA unmündig und in Ketten gehalten werden. Dabei kamen ihnen das Ansteigen der Weltmarktpreise für Rohstoffe und einige Agrarprodukte, sowie das Anwachsen von Exporteinnahmen in harter Währung zu Hilfe,

sodass die Devisenreserven des lateinamerikanischen und karibischen Raumes zwischen 2002 und 2007 von 157 auf über 350 Milliarden Dollar anstiegen. Etliche Länder – Argentinien, Brasilien, Mexiko, Uruguay und Venezuela, aber auch Thailand, Indonesien und Südkorea – nutzten die günstige Entwicklung und beglichen ihre IWF-Schulden. Von manchen Organisationen, die sich mit der Frage des Schuldenerlasses befasst hatten wurde kritisiert, dass man durch diese Rückzahlungen die Schulden im Nachhinein legitimiere und Ressourcen vergeude. Demgegenüber steht das Selbstbewusstsein der Völker Lateinamerikas, sich aus eigener Kraft dem Netz der Unterdrückung entzogen zu haben. Der vorläufig letzte Schritt in dieser Frage ist die Gründung der „Bank des Südens“ (Banco del Sur) durch sieben Staaten: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Der „Fluch des IWF, der den Völkern Südamerikas nichts als

Hunger, Unglück, Armut und Gewalt gebracht hat“, so Hugo Chavez, soll mit dieser Gründung gebannt werden. Der IWF-Experte Paul Blustein sagte, die neue Bank sei Ausdruck der Enttäuschung über die Weltfinanzorganisation. Der IWF und die Weltbank verfügten aber über jahrzehntelanges Know-how, das dem neuen Institut noch fehle. Er sei nicht sicher, ob dieses Institut erfolgreicher sein werde. Dass es erfolgreich sei, ist zu wünschen. Zu hoffen ist, dass tatsächlich neue, partnerschaftliche Wege gegangen werden und Lateinamerika selber seine eigenen Probleme lösen kann.

(Zum Thema liegen uns einige Artikel vor, die wir zum Teil als Quelle benutzt haben, die aber natürlich den Umfang unserer Aussendung sprengen. Auf Wunsch stellen wir diese Artikel gerne zum intensiveren Eigenstudium zur Verfügung.)

1978 – 2008

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf!

30 Jahre NEIN zur Atomenergie in Österreich!

1978 haben die Menschen in Österreich der Atomlobby und ihren Handlangern in Parteien, Industrie und Gewerkschaftsspitze einen dicken Strich durch ihre Atomprofitrechnung gemacht. Sie haben NEIN zur todbringenden Atomenergie gesagt. Und sie haben ein bis heute weltweit sichtbares Signal gesetzt: Es lohnt sich gegen Unrecht zu kämpfen. Man kann den Profitmachern die Stirn bieten und erfolgreich sein, wenn man sich gestützt auf die eigenen Kräfte unabhängig und gemeinsam zur Wehr setzt. Diese Macht der Masse der Bevölkerung, dass sie sichtbar und wirksam wird, das fürchten alle Herrschenden, nicht nur die Atomlobby, die ja nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung darstellen, aber ihre Profite und Pfründe sichern wollen. Deshalb wird jetzt im Namen des Klima- und Umweltschutzes die „Renaissance der Atomenergie“ herbeigeredet. Unser Kampf ist leider noch nicht zu Ende. Im Zuge der geplanten Durchpeitschung des EU-Vertrages, soll nicht nur Österreichs Neutralität entsorgt, sondern durch die volle Übernahme der EURATOM auch der Atomlobby wieder die Tür geöffnet werden. Schon jetzt zahlt Österreich trotz des Atom-Neins seiner Bevölkerung über den EURATOM-Beitrag, über die IAEA für die Atomlobby, oder über die EU-Entwicklungsbank (ERBD) für neue AKW in Europa und machen österreichische Banken wie die ERSTE direkt bei der AKW-Finanzierung mit.

Wir wollen deswegen den 30. Jahrestag des NEIN zu Zwentendorf zum Anlass nehmen, ein kräftiges Zeichen zu setzen. Wir laden alle Organisationen und Interessierten ein, gemeinsam mit uns dazu die Vorbereitungen zu treffen. Gemeinsam sind wir stark.

Ort: Amerlinghaus, 1070 Wien, Eingang Stiftgasse 8, EG rechts, Zi. 1

Zeit: Montag, 14. April 2008, 20.00 Uhr

Vorschläge:

.....

Anmeldung: per E-Mail: ggae@gmx.at oder per Telefon: 0650 830 7 830 bitte bis 7. April 2008.

Ja zur Neutralität **Nein zum EU-Reformvertrag!** **Volksabstimmung!**

Samstag, 5. April 2008, Wien

13.00 Uhr – Westbahnhof, anschließend Demonstration durch die Mariahilferstraße zum Parlament

15.00 Uhr – Menschenkette um das Parlament und 15.30 Uhr – Abschlusskundgebung

Wer uns beim Verteilen von Informationsmaterial unterstützen möchte, meldet sich bitte per E-Mail: ggae@gmx.at oder per Telefon: 0650 830 7 830 bitte bis 31. März 2008.

Wir brauchen ein Zeichen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen unabhängig bleiben, denn das ist die einzige Möglichkeit, wie man entsprechend aufklären und auftreten und auch erfolgreich sein kann. Das ist nur möglich, wenn wir ausschließlich von unseren LeserInnen, AktivistInnen und SpenderInnen finanziell unterstützt werden und somit nur ihnen und niemandem sonst verpflichtet sind.

Wegen der zunehmenden Teuerungen in allen Bereichen, so auch bei der Post, müssen wir noch mehr als bisher auch bei unseren Aussendungen den Kostenfaktor berücksichtigen. **Wir schicken Ihnen/Euch gerne weiterhin unsere Aussendungen, weil wir wissen, dass wir nur gemeinsam etwas bewirken können. Wir ersuchen um Ihre/Eure Mithilfe. Wir ersuchen um ein Zeichen!** Per Brief, Postkarte (siehe Impressum), E-Mail (ggae@gmx.at) oder Mittels Spende (Beiliegender Erlagschein bzw. KontoNr. im Impressum). Die Unkosten für 4 Zusendungen/Jahr betragen ca. € 10,00. Wir bitten dich/Sie um eine Spende in dieser Höhe. Bitte geben Sie/Du uns bekannt, ob wir die Aussendung weiterhin zuschicken sollen.

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir gerade wieder dieses Jahr im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: EU-“Reform“vertrag, 30 Jahre Nein zu Zwentendorf, Auftreten gegen Krieg und Militarisierung. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail:** ggae@gmx.at

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida,